

Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte

2

20.10.1952

Dr. F. Stuttgart. Mehrere hundert Vertreter der Elternbeiräte der höheren Schulen Nordwürttembergs, Südwürttembergs, Nordbadens und Südbadens haben sich am Sonntag zu einer Tagung in Stuttgart getroffen, um über wichtige Fragen gemeinsam zu beraten. Ministerpräsident Durach, Leiter der Oberschulabteilung im Württembergischen Kultusministerium, sprach anlässlich dieser Tagung über die Lage der Oberschule. Insgesamt bestanden in Baden-Württemberg 308 höhere Schulen, darunter 259 staatlich öffentliche und 49 anerkannte private Schulen. Davon entfielen auf Südbaden 53 staatliche, 20 private, auf Nordbaden 41 staatliche, 7 private, auf Nordwürttemberg 103 staatliche und 13 private, auf Südwürttemberg 62 staatliche und 9 private. Rund 4200 planmäßige Lehrer seien vollbeschäftigt. Die Gesamtzahl der Schüler betrage 110 000. Ministerpräsident Durach wies auf die Unterschiede hin, die in dem Schulwesen der vier Landesteile bestehen, so Schulbenennung, Klassenbezeichnung, Zeugnisskala u. a., und daß in den einzelnen Schulen zum Teil Englisch, zum Teil Französisch als erste Fremdsprache eingesetzt ist. Diese Unterschiede, so betonte der Redner, müßten geändert werden. Als die vordringlichsten Probleme bezeichnete er eine Generalfürberreinigung auf dem Gebiet der Lehrbücher, ferner einheitliche Versetzungsbestimmungen und Prüfungsordnungen. Weiterhin Lern- und Lehrmittelfreiheit und gleichmäßige Unterrichtsbelastung der Lehrer. Diese Unterschiede in den Landesteilen sollen zielbewußt, aber keineswegs gewaltsam

koordiniert werden. Regionale Eigenart und Eigenständigkeit solle gewahrt werden, sofern sie nicht zu weit gehen und dem Gesamtziel und Gesamtwohl der höheren Schulen im Wege seien. Zum Schluß brachte der Ministerialrat zum Ausdruck, daß es notwendig sei, daß die Behörde sich stets in lebendiger Fühlung mit der Elternschaft halte. Die Eltern hätten das Recht, die Art der Schule zu wählen, vorausgesetzt, daß ihre Kinder die geistigen und körperlichen Bedingungen erfüllen würden.

Nachmittags fanden getrennte Sitzungen der Elternvertretungen der vier Landesbezirke statt. Dabei wurde ein vorläufiger Ausschuss für Württemberg-Hohenzollern gebildet. In einer abschließenden Kundgebung wurde der gemeinsame Wille der Oberschul-Eltern zu den schwebenden Fragen der Schulpolitik zum Ausdruck gebracht. Dabei wurde eine Entschliebung gefaßt, in der die Elternschaft sämtlicher höheren Schulen der vier Landesteile die Verfassunggebende Landesversammlung auffordert, über dem Kampf um die schulpolitischen Programme nicht die akuten Bedürfnisse und Notstände der Schule zu vergessen. Es wurde deshalb eine erhebliche Erhöhung der für Schulzwecke eingesetzten Etatmittel gefordert. Außerdem wurde die Abschaffung des Zentralabiturs in der gegenwärtigen Form, wie es in Südwürttemberg und Hohenzollern durchgeführt worden ist, verlangt, ebenso der Oberstufenprüfungen. Die Landes-Elternbeiräte werden zielbewußt in einer Arbeitsgemeinschaft die einheitlichen Belange dem Kultusministerium gegenüber vertreten.

M-206 20.10.52
hwaab 349.